

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,
Obmann der Arbeitsgruppe
Abrüstung und Rüstungskon-
trolle der SPD-Bundestags-
fraktion, meint angesichts
der Raketen-Unfälle, daß
die Pershing II konzeptio-
nell nicht in unsere Land-
schaft paßt: Erwiesener
Fehlschlag. Seite 1

Christa Harrer MdL (Bad
Tölz) fordert die bayeri-
sche Staatsregierung auf,
Fragen nach den Atom-Minep
zu beantworten: Kein Ver-
ständnis für Teufelsdinger.
Seite 3

Dr. Herbert Günther MdL,
Justizminister des Landes
Hessen, stellt drei neue
Projekte vor: Alternativen
in der Kriminalpolitik.
Seite 4

Dokumentation

SPD-Präsidiumsmitglied
Egon Bahr legte am Diens-
tag in Bonn eine gemein-
same Erklärung der SPD
und der Sozialistischen
Partei Frankreichs zur
Sicherheitspolitik vor. Wir
dokumentieren den Wort-
laut. Seite 5

40. Jahrgang / 10

15. Januar 1985

Erwiesener Fehlschlag

Konzeption des Pershing II-Systems paßt nicht in
unsere Geographie

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Serie von Pershing II-Unfällen hat zum einen - wie
zuletzt nach dem letzten Unfall in Heilbronn hervor-
gehoben wurde - deutlich gemacht, daß aus rein politischen
Gründen ein noch nicht einmal fertig entwickeltes Waffen-
system in der Bundesrepublik Deutschland stationiert
wurde. Selbst ein zeitlich befristeter Stationierungs-
aufschub (Moratorium) wurde im Jahr 1983 von der Bundes-
regierung immer abgelehnt, obwohl dies angesichts des
Entwicklungsstands schon geboten gewesen wäre.

Die Unfälle zeigen aber vor allem eines: Auslegung wie
Konzeption des Pershing II-Systems ist mit den geogra-
phischen Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland
nicht zu vereinbaren. Die der Pershing II zuge dachte
militärische Einsatzkonzeption steht und fällt mit der
Beweglichkeit dieser Waffe. Diese soll es ermöglichen,
in militärischen Spannungszeiten von den eigentlichen
Stationierungsorten (Heilbronn, Mutlangen, Neu-Ulm) aus
Einsatzräume zu beziehen, die der Gegner nicht kennt.



Auf diese Weise soll das Waffensystem unverwundbar gehalten werden, damit Präventivschläge des Gegners nicht möglich sind.

Diese Konzeption (und damit das Waffensystem insgesamt) erweist sich nun spätestens seit den ersten Unfallerfahrungen zunehmend als unhaltbar. Um Einsatzräume beziehen zu können, müssen großvolumige Waffentransport-Fahrzeuge in Bewegung gesetzt werden. Wer schon einmal mit eigenen Augen verfolgt hat, welches unvermeidbare Aufsehen diese riesigen Lastzüge erregen, wenn sie über die Dörfer in irgendwelche Waldstücke fahren, der kann sich spätestens dann nicht mehr vorstellen, daß dieses Waffensystem irgendeinen getarnten Einsatzraum unerkannt beziehen kann. Abgesehen von der Satellitenaufklärung reicht notfalls vielleicht schon ein Moped-Fahrer, der sich nach dem Verlassen des Stationierungsortes auf die Fersen eines Pershing II-Transports macht, um die Sowjetunion jederzeit in die Lage zu versetzen, zu jeder Zeit über den tatsächlichen Standort der Pershing II informiert zu sein.

Wer überdies einmal gesehen hat, wie sich diese Transportzüge auf breiten Lastfahrzeugen durch kurvenreiche enge Kreis- und Ortsstraßen bewegen, für den ist es nicht mehr überraschend, wenn diese spätestens beim Befahren noch engerer Feld- und Waldwege irgendwo steckenbleiben, an Abhängen ins Rutschen kommen und umkippen - so wie im Weizheimer Wald in meinem Wahlkreis geschehen.

Offensichtlich ist also das Pershing II-Waffensystem nach großräumigen und dünn besiedelten amerikanischen Straßen- und Landschaftsverhältnissen konzipiert worden. Als bewegliches Waffensystem dieser Größenordnung paßt es nicht in die kleinstädtische und dichtbesiedelte Bundesrepublik. Die Argumente der Beweglichkeit, die dem Waffensystem und damit der Bundesrepublik die Selbstbedrohung nehmen soll, entfallen damit. Die Schlußfolgerung ist also, daß sich anhand der Unfälle die Landstationierung einer strategischen Atomrakete wie der Pershing II als konzeptioneller Fehlschlag erweist.

(-/15.1.1985/rs/ks)

+ + +



Fragen nach den Atom-Rucksäcken

Die bayerische Staatsregierung muß endlich auspacken

Von Christa Harrer MdL (Bad Tölz)

Meldungen, denen zufolge US-Sondereinheiten in der Bad Tölzer Flint-Kaserne mit 100 tragbaren Mini-Atombomben ausgerüstet sind, haben mich als Wahlkreis-Abgeordnete dieser Region zu einer parlamentarischen Anfrage an die bayerische Staatsregierung veranlaßt. Ich will von der Staatsregierung wissen:

1. Wieviele dieser Atom-Minen sind bei den US-Streitkräften hierzulande gelagert und wo?
2. Entspricht es den Tatsachen, daß Einheiten der US-Army mit diesen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland üben?
3. Entspricht es den Tatsachen, daß die in Bad Tölz stationierten Special-Forces-Einheiten mit diesen Atom-Minen ausgebildet werden?

Es ist erstaunlich genug, daß die Staatsregierung nicht bereits von sich aus zu den Meldungen über die Atomrucksäcke Stellung genommen hat. Es wäre doch wohl un-
abdingbare Pflicht der Staatsregierung, die Bürger darüber aufzuklären, ob auf bayerischem Boden nukleare Mini-Sprengköpfe gelagert sind. Oder sollte sich die Staatsregierung an das Motto des Preußenkönigs Friedrich des "Großen" halten, den Bürger ginge es rein gar nichts an, wenn der König Krieg führe; er habe lediglich Ruhe zu halten?

Daß in Bad Tölz oder jedenfalls irgendwo in der Bundesrepublik derartige Atomrucksäcke vorhanden sind, daran kann kaum mehr ein Zweifel bestehen. Verteidigungsstaatssekretär Lothar Rühl hat dies in einem ARD-Interview unmißverständlich bestätigt: es gebe atomare Sprengköpfe, die "von Personen getragen werden können". Nachträgliche Dementis, alles beruhe auf einem "Mißverständnis" sind wohl nicht ernst zu nehmen. Offensichtlich wurde Rühl von höherer Stelle zurückgepiffen.

Es mutet geradezu phantastisch an, welches Verwirrspiel um diese Atomrucksäcke wieder einmal betrieben wird. Die Bürger sollen nicht wissen, wo atomare Marschflugkörper gelagert sind, sie sollen nichts erfahren über chemische Waffen der US-Streitkräfte, und sie sollen natürlich auch nicht wissen, ob in Bad Tölz US-Boys mit Mini-Atombomben herumlaufen.

In der Tat ist nicht zu erwarten, daß die Bürger für das Vorhandensein derartiger Atom-Spielzeuge in den Händen einzelner US-Soldaten Verständnis aufbringen. Diese Teufelsdinger stellen ein ständiges Risiko für die Bevölkerung dar. Sie müssen weg! Dafür hat die Staatsregierung zu sorgen.

Wenn diese Entwicklung zur atomaren Mini-Rüstung nicht gestoppt wird, kommt es womöglich dazu, daß nukleare Sprengkörper wie Taschenrechner oder Knallfrösche verfügbar werden. Der Perversität des atomaren Rüstungswahnsinns scheinen keine Grenzen gesetzt.
(-/15.1.1985/rs/ks)

+ + +



Alternativen in der Kriminalpolitik

Drei neue Projekte werden in Hessen erprobt

Von Dr. Herbert Günther

Justizminister des Landes Hessen

In Hessen werden jetzt neue Projekte erprobt, die von der Arbeitsgruppe "Kriminalpolitik" als weitere alternative Modelle zu den bisherigen strafrechtlichen Sanktionsformen entwickelt worden sind.

Es ist bereits sichergestellt, daß das erforderliche Personal für die Projekte zur Verfügung steht.

Die Projekte haben zum Inhalt:

1. Das Projekt "Ausbau der gemeinnützigen Arbeit" im Landesgerichtsbezirk Kassel will versuchen, noch weiter als bisher durch das landesweit umgesetzte und sehr erfolgreiche Projekt "Gemeinnützige Arbeit" Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden: Künftig wird vor Erlaß eines Vollstreckungshaftbefehls regelmäßig ein Gerichtshelfer, den Verurteilten mündlich über die Möglichkeit ratenweiser Zahlung der Geldstrafe oder die gemeinnützige Arbeit belehren.

Bisher wurde die Gerichtshilfe nur auf Initiative des Verurteilten selbst aktiv.

2. Mit dem Projekt "Unterhaltspflicht" soll in den drei Amtsgerichtsbezirken Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg erprobt werden, ob mit Hilfe eines spezialisierten Bewährungshelfers gezielter auf solche Verurteilte eingegangen werden kann, die wegen Unterhaltspflichtverletzung zu einer Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden sind und bei denen offenkundig ist, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihre eigenen finanziellen Verhältnisse zu überblicken oder gar zu bewältigen. Zu diesem Zweck soll künftig der Bewährungshelfer in Zusammenarbeit mit den zuständigen sozialen Institutionen tragfähige Kompromisse finden, die eine Begleichung der Unterhaltspflichtung garantieren und somit eine Rückfälligkeit des Verurteilten, verbunden mit dem Widerruf der Bewährung vermeiden.
2. Mit dem Projekt "Vermeidung von Widerrufen der Strafaussetzung zur Bewährung" soll im Landgerichtsbezirk Darmstadt erprobt werden, ob durch die regelmäßige Einschaltung der Gerichtshilfe im Widerrufsverfahren unnötige Bewährungswiderrufe, gleich bei welchen Delikten, vermieden werden können.

Wenn künftig ein Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung ansteht, weil der Verurteilte eine Auflage nicht eingehalten oder eine Weisung nicht befolgt hat, soll daher die Gerichtshilfe eingeschaltet werden, vorausgesetzt, dem Verurteilten steht kein Bewährungshelfer zur Seite. Die Gerichtshilfe soll mit dem Verurteilten vor allem mündlichen Kontakt aufnehmen und versuchen, ihn zur Beachtung der Auflagen und Weisungen anzuhalten. Entsprechende positive Erfahrungen aus dem Projekt "Gemeinnützige Arbeit" sollen hier berücksichtigt werden.

Ich hoffe, daß diese Angebote wie bei den bisherigen Modellversuchen durch die Praxis angenommen werden. Sollten sich die Projekte als erfolgreich erweisen, werden wir bemüht sein, sie so schnell wie möglich landesweit umzusetzen.

(-/15.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Gemeinsame Erklärung der SPD und der PS Frankreichs zur Sicherheitspolitik

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr legte heute auf einer Pressekonferenz in Bonn eine "Gemeinsame Erklärung der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs" zur Sicherheitspolitik vor, die diesen Wortlaut hat:

"Die SPD und die PS bringen ihre Zufriedenheit über die bisher geleistete Arbeit der gemeinsamen Kommission über die Probleme der Sicherheit zum Ausdruck. Sie ermöglichte eine vertiefte Kenntnis und ein besseres Verständnis der Positionen beider Parteien.

Beide Parteien fanden in wesentlichen Punkten zu einer gemeinsamen Einschätzung und Analyse. Selbstverständlich bleiben auch unterschiedliche Positionen bestehen, die sich vor allem aus der unterschiedlichen Situation der beiden Länder ergeben. Zu den gemeinsamen Positionen gehören:

- Die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Verteidigung;
- die Notwendigkeit einer breiteren europäischen Zusammenarbeit über diese Themen;
- die Notwendigkeit einer größeren Verantwortlichkeit und einer stärkeren Bekräftigung der Unabhängigkeit Europas, ohne die Allianz mit den Vereinigten Staaten in Frage zu stellen und unter Aufrechterhaltung eines konstanten Dialogs mit den Vereinigten Staaten;
- die Notwendigkeit eines offenen Dialogs mit dem Ziel einer beständigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas;
- die Notwendigkeit der Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR mit dem Ziel eines substantiellen Abbaus ihrer Nukleararsenale auf einer Basis des Gleichgewichts.
- Die Ablehnung und Verurteilung der Entwicklung destabilisierender Technologien, insbesondere der Verzicht auf den Rüstungswettlauf im All.
- Die Unterstützung der Prinzipien von Helsinki und der Wille, den Prozeß ihrer praktischen Realisierung weiter zu verfolgen und die Entspannung zu vertiefen.

Im Hinblick darauf erachten es beide Parteien als äußerst wünschenswert und notwendig, daß die gemeinsame Arbeitsgruppe der beiden Parteien zu Fragen der Sicherheit ihre Tätigkeit fortsetzt." (-/15.1.1985/rs/ks)

+ + +



Produktivkraft Solidarität

meistern ist



Michael Müller/Klaus Vater
unter Mitarbeit von Bodo Hombach

Das Buch im
Verlag SPD-Pressedienst

Die soziale und wirtschaftliche Lage im Revier wird während des kommenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien stehen. Welche Ursachen hat die Strukturkrise des Reviers, welche Lösungsansätze bieten sich an, was soll beispielsweise aus der Stahlindustrie werden? Das Buch gibt Antworten. Johannes Rau schrieb zu diesem Buch: „Ich wünsche mir, daß dieses Buch nicht nur in Nordrhein-Westfalen gelesen wird, sondern daß es in der ganzen Bundesrepublik dazu beiträgt, das Revier besser kennenzulernen, es zu verstehen und seine Entwicklungsmöglichkeiten für die ganze Bundesrepublik zu nutzen. Das Buch ist eine gute Grundlage für die weitere politische Diskussion.“

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle per Scheck (beiliegend)

Exemplar(e) „Produktivkraft Solidarität“
DM 12,60 zuzüglich Versandkosten DM 1,50 = DM 14,10

Name und Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Datum und Unterschrift

Verlag SPD-Pressedienst, Postfach 120408, 5300 Bonn